

Pressemitteilung

Berlin, 28. Oktober 2022

Energiekosten sprengen Budget des gemeinnützigen Jugend- und Azubiwohnens

Der Verband der Kolpinghäuser (VKH) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordern eine Unterstützung des Azubiwohnens

Die Einrichtungen des Jugend- und Azubiwohnens schlagen Alarm. Nach hohen Einnahmeverlusten durch die Coronapandemie sind Rücklagen aufgebraucht und die drastisch steigenden (Energie-) Kosten stellen ein existenzielles Problem für die gemeinnützigen Einrichtungen dar. Bereits in der Corona-Pandemie konnten die Häuser de facto unter keinen der Rettungsschirme auf Bundesebene schlüpfen, auf Landesebene konnte eine ausreichende finanzielle Unterstützung nur in Einzelfällen erreicht werden. Aktuell zeichnet sich ab, dass die Jugendwohneinrichtungen abermals nicht unter die Hilfsprogramme des Bundes fallen werden. Zur Abfederung der extrem gestiegenen Kosten in den Bereichen Energie und Catering sowie der absehbar stark steigenden Personalkosten fordern VKH und ZDH eine bundesweite Anhebung der Tagessätze im sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnen zunächst befristet bis April 2023.

Christina Borchert, Geschäftsführerin des VKH berichtet: „In den Einrichtungen wird mit Kostensteigerungen im Bereich Energie um 30 % und einer allgemeinen Teuerungsrate von mindestens 8 % gerechnet. Da die Nachrichten zu den neuen Abschlagszahlungen auf sich warten lassen, können konkrete Zahlen noch nicht genannt werden, die Jugendwohneinrichtungen gehen jedoch von Mehrkosten zwischen 200.000 € bis 400.000 € aus – Tendenz steigend. Ohne eine Nachverhandlung bei den Tagessätzen, die der Finanzierung der Wohnheimplätze zugrunde liegen, können diese enormen Mehrkosten nicht gestemmt werden.“

Karl-Sebastian Schulte, Geschäftsführer beim ZDH, appelliert: „Um negative Folgen für den Ausbildungsmarkt zu vermeiden, wohnortferne Ausbildung auch in Krisenzeiten für junge Menschen zu ermöglichen und den Fachkräftenachwuchs im Handwerk zu sichern, müssen auch Auszubildende angesichts der steigenden Energiekosten entlastet werden. Auszubildende können nicht, wie zum Beispiel Studierende, ihre Ausbildung online, vom Küchentisch der Eltern aus, fortführen. Daher muss Politik das ihr Mögliche tun, damit Jugendwohneinrichtungen nicht schließen müssen.“

Zunehmend sind in einigen Kommunen Jugendämter und Schulbehörden gesprächsbereit und arbeiten an lösungsorientierten Ansätzen. Eine Vielzahl an Kommunen ist jedoch bedauerlicherweise für Nachverhandlungen bisher

nicht erreichbar. Eine wohlwollende, gemeinschaftliche Lösung wäre wünschenswert. Eine klare Vorgabe des Bundes über eine zumindest vorübergehende Erhöhung des Tagessatzes zumindest auf Höhe der Inflationsrate ist aus Sicht von VKH und ZDH notwendig. Eine solche pauschale Regelung würde den ohnehin überlasteten Jugendämtern zudem langwierige und personalintensive Nachverhandlungen mit jeder der rund 500 Einrichtungen des Jugend- und Azubiwohnens ersparen.

Ein gutes Beispiel, an dem sich Bund, Länder und Kommunen orientieren könnten, liefert die Jugendhilfekommission in Hessen. Die Pauschalen für Sachkosten und den Nahrungsmittelsatz wurden um 7,62 % erhöht. Zudem sind Einzelverhandlungen fortlaufend möglich, wenn durch weitere Kostensteigerungen die Zahlungsunfähigkeit der Einrichtung droht.

Christina Borchert: „Wir hoffen, dass das Jugend- und Azubiwohnen in dieser sich zuspitzenden Krise nicht in Vergessenheit gerät. Es bedarf einer gemeinsamen Lösung, um diese sozialen Einrichtungen langfristig erhalten zu können.“

Ansprechpartnerinnen:

Verband der Kolpinghäuser e. V.
Alissa Schreiber
Referentin Jugendwohnen
+49 221 292413-11
schreiber@kolpinghaeuser.de www.kolpinghaeuser.de

Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V.
Beate Preuschoff
Abteilung: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
+49 30 20619-370
presse@zdh.de · www.zdh.de